

Begrüssung, Barcelona 12.11.16

Um es gleich vorweg zu nehmen: Ich bin ein grosser Anhänger des Föderalismus. Damit bewege ich mich in guter deutscher Tradition. Wenn Sie einen Blick auf alte Karten werfen, entdeckt man immer wieder die Namen Brandenburg, Sachsen, Württemberg, Bayern oder auch meiner Heimatstadt, der Freien und Hansestadt Hamburg. Sprachlich und geografisch etwas anders zugeschnitten als die heutigen 16 Bundesländer. Indes schon immer ein Gegengewicht zum Kaiser im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation oder nach dem Zweiten Weltkrieg der Bonner oder Berliner und heutigen Berliner Republik.

Dieses föderale Element war im Lauf der deutschen Geschichte unterschiedlich stark ausgeprägt, und es gab in der jüngeren Vergangenheit auch zwei politische Systeme, die sich über dieses Erbe hinweggesetzt haben, weil die Herrschenden keine anderen Machtzentren neben sich duldeten, nämlich der faschistische NS-Staat und später die DDR. Die Machthaber in beiden Diktaturen wussten sehr genau, wofür der Föderalismus auch steht: für Gewaltenteilung, für wechselseitige Kontrolle, für Ausgleich und den friedlichen Wettbewerb um die beste Idee.

Später hat sich zur Beschreibung des Verhältnisses von Zentrale und regionale Gliederung der Begriff "Subsidiaritätsprinzip" eingebürgert, der im Wesentlichen besagt, dass Probleme nach Möglichkeit dort gelöst werden sollten, wo sie entstehen, und dass die nächsthöhere Ebene erst dann aktiv werden darf, wenn die untere Ebene aus eigener Kraft keine sachgerechte Lösung erreichen kann.

Mit der Europäischen Integration ist noch eine Ebene hinzugekommen – heute brauchen wir eine Lösung zwischen regionaler Gliederung, Nationalstaat und der EU.

Die Herausforderungen für föderal geprägte Demokratien – auf welcher dieser Ebenen auch immer - kann man in drei Fragen zusammenfassen:

1. Erstens: Wie definieren wir in einem politischen Gebilde mit mehreren Ebenen und Akteuren das "allgemeine Wohl"?
2. Zweitens: Wie sichern wir eine kluge Balance zwischen dem Allgemeinwohl und den Eigeninteressen der einzelnen Akteure?
3. Drittens: Wie kommen wir zu einer gerechten Verteilung der Gewinne und Lasten zwischen ihnen?

Auf diese drei Fragen gibt es leider keine einfachen Antworten, wie auch die deutschen Erfahrungen zeigen, wenn es um das Bund-Länder-Verhältnis untereinander und das Miteinander in der EU angeht.

Der Föderalismus ist mehr als eine technische Organisationsform politischer Herrschaft. Er ist in meinem Land auch Ausdruck für eine politische Kultur, die zielt auf Abwägung, Kompromissfindung und Ausgleich in der Gemeinschaft.

Davon wünsche ich Spanien und Europa eine gute Portion, wenn es um die Lösung anstehenden Fragen geht. Nimmt man sich die beiden Helden von Miguel de Cervantes zum Vorbild sollte es doch klappen: Don Quijote gibt den hehren Prinzipien und Ziele vor und Sancho Panza sorgt für die praktischen Lösungen.

Zum Abschluss noch meine beiden persönlichen Leitpanken für die Politik im allgemeinen wie die Europaolitik im besonderen:

1.) Aus dem Grußwort von Willy Brandt an den Kongress der Sozialistischen Internationale in Berlin, 15. September 1992:

*„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum —
besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene
Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes
bewirkt werden soll.“*

2.) Aus der Europapolitischen Rede von Helmut Schmidt auf dem SPD Parteitag 11.11.2011:

„Gewiss wird Europa auch im 21. Jahrhundert aus Nationalstaaten bestehen, jeder mit seiner eigenen Sprache und mit seiner eigenen Geschichte. Deshalb wird aus Europa gewiss kein Bundesstaat werden. Aber die Europäische Union darf auch nicht zu einem bloßen Staatenbund verkommen. Die Europäische Union muss ein dynamisch sich entwickelnder Verbund bleiben. Es gibt dafür in der ganzen Menschheitsgeschichte kein Beispiel. Wir Sozialdemokraten müssen zur schrittweisen Entfaltung dieses Verbundes beitragen.

Jede einzelne der europäischen Nationen wird 2050 nur noch einen Bruchteil von 1 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Das heißt: Wenn wir die Hoffnung haben wollen, dass wir Europäer eine Bedeutung für die Welt haben, dann können wir das nur gemeinsam...Daraus ergibt sich das langfristige strategische Interesse der europäischen Nationalstaaten an ihrem integrierenden Zusammenschluss. Dieses strategische Interesse an der europäischen Integration wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es ist bisher den Nationen weitestgehend noch nicht bewusst. Es wird ihnen durch ihre Regierungen auch nicht bewusst gemacht.“

In diesem Sinne wünsche ich uns einen anregenden Austausch.